



Vorweihnachtliches Angebot an die Schleswig-Holsteinischen Landtagsabgeordneten

## Hilfe für unsere Landtagsabgeordneten:

### Kostenlose Beratung zur Lösung ihrer prekären Altersversorgung.

Gewerkschaftliche Rentenexperten werden die Landtagsabgeordneten öffentlich beraten, wie sie aus ihrer selbst verursachten Misere herauskommen können.

Die Beratung ist kosten- aber nicht selbstlos.

Im Jahr 2007 beschlossen die Landtagsabgeordneten in Schleswig-Holstein ihre staatlichen Pensionen durch Privatvorsorge abzulösen. Im Jahr 2018 stellen sie mit Entsetzen fest, dass ihre Rentenansprüche nur noch ein Drittel so hoch sein werden wie nach der alten Pensionsordnung.

Wie konnte das passieren?

Hatten die Abgeordneten zu wenig Sachverstand? Haben sie die Risiken und die Kosten falsch eingeschätzt? Sind sie nicht darauf hingewiesen worden?

Offensichtlich ist: Sie sind falsch beraten worden.

Jetzt suchen unsere Landtagsabgeordneten nach Lösungen um aus ihrer Misere herauszukommen. Es soll eine weitere Expertenberatung stattfinden, für die schon mal 210.000€ im Haushalt eingebucht wurden. Es droht eine ähnlich mangelhafte Beratung wie vor 2007.

Wir wollen behilflich sein, weitere Irrtümer zu vermeiden und zu einer nachhaltigen und gerechten Lösung zu kommen. Unsere Hilfe wird nicht selbstlos sein. Denn schließlich geht es ja um öffentliche Gelder mit denen sorgsam und verantwortungsvoll umgegangen werden muss. Dabei muss jeder Verdacht einer unangemessenen Selbstbedienung vermieden werden.

## Öffentlicher Beratungstermin:

**13.12.2018**

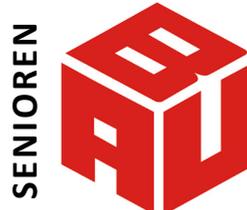
**um 09.30 Uhr**

**vor dem Kieler Landeshaus**

Bitte wenden



Gewerkschaftliche Seniorenpolitiker aus Schleswig-Holstein



## Hilfe für schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete in Not

### Die Schleswig-Holsteinischen Landtagsabgeordneten sind von Altersarmut bedroht.

Das melden die regionalen Zeitungen im Juli 2018. Landtagspräsident Klaus Schlie hatte zuvor alarmierende Mitteilungen an die Presse gegeben.

#### Und das ist wirklich erschütternd:

Landtagsabgeordnete in S-H hätten 2017 nach dem Versorgungsrecht, das bis 2007 galt, nach 5 Jahren einen Pensionsanspruch von 1.510 € pro Monat gehabt (\*).

Nach dem seit 2007 geltenden Recht kommen nach 5 Jahren nur noch 384 € monatlich raus (\*\*).

Obwohl für die Abgeordneten jeden Monat 1.829€ - 21.948€ pro Jahr - aus der Staatskasse für private Vorsorge ausgegeben wird, kommt ein so erbärmlicher Betrag zu Stande.

Mit jedem weiteren Jahr Abgeordnetentätigkeit wächst diese Differenz zwischen alter und neuer Versorgungsordnung.

#### Es folgt spätes Erwachen:

Dieser Unterschied von über 1.100 € pro Monat bereits nach 5 Jahren löste offenbar blankes Entsetzen bei den Abgeordneten aus. Das Wort Altersarmut erreicht sie plötzlich ganz persönlich. Welchen Selbstbetrug hatten sie da eigentlich im Jahr 2007 beschlossen?

Geraten hatte ihnen das eine hochrangige und teure Sachverständigenkommission. Zur Lösung des dadurch ausgelösten eklatanten Versorgungsproblems soll jetzt wieder eine hochrangige und teure Expertenkommission tätig werden. Herr Schlie hat schon mal 210.000€ in den Haushalt eingebucht.

#### Wirklich skandalös ist dabei:

Bei eigener direkter Betroffenheit, reagiert die Vertretung der Politiker sofort.

Das 90% ihrer Wähler durch Gesetze in eine ähnliche Situation hineingedrückt wurden, lässt sie kalt.

Das Desaster der jetzigen und zukünftigen Rentner heißt Riester-Rente. Seit 2003 wurde die gesetzliche Rente systematisch gekürzt. Wer nicht in Altersarmut landen wollte sollte privat vorsorgen, der sollte „riestern“. Die Rentenerwartung aus den Riester-Verträgen ist aus vielerlei Gründen noch mieser. Ein Durchschnittsverdiener hat, grob gerechnet, einen Rentenanspruch von ca. 20€ im Monat, wenn er 5 Jahre eingezahlt hat (\*\*\*)

Der erfolglose und riskante Weg der privaten Vorsorge soll von der übergroßen Mehrzahl in diesem Land sogar noch weiter ausgebaut werden. Noch mehr Steuergelder für die Riester-Förderung. Noch mehr sogenannte Betriebsrente, die aber fast vollständig aus dem Bruttolohn finanziert wird. Immer werden dabei die profitablen Versicherungsgeschäfte gefördert und die gesetzliche Rente weiter geschwächt.

#### Die sauberste Lösung für alle liegt auf der Hand – eine Expertenkommission kann man sich sparen:

**Schluss mit den Sonderversorgungen und der Rosinenpickerei. Alle Erwerbstätigen ohne Ausnahme in eine Versicherung. Auch Politiker, Beamte und Selbständige in eine Erwerbstätigenversicherung.**

**Anhebung der gesetzlichen Rente auf ein Niveau, das den erreichten Lebensstandard sichert. Das sind etwa 75% der im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommen.**

**Wenn die Rente zu niedrig ist, wird sie aus Steuermitteln zu einer Mindestrente angehoben. Das Maß für die Mindestrente muss die Armutgefährdungsschwelle sein – derzeit ca. 1.100€.**

(\*) 3,675% pro Jahr, nach 5 Jahren 18,375%. Macht bei „Diäten“einkommen von 8.220€ ein Pensionsanspruch von 1.510 €.

(\*\*) Nach 5 Jahren sind 113.700 € eingezahlt worden. Bei dem gegenwärtigen Garantiezins von 0,9% reicht das nach Berechnungen von Versicherungsmathematikern für eine monatliche Rente von 384€.

(\*\*\*) Nach Gesetz sollen 4% vom Brutto in Riester-Verträge gezahlt werden. Durchschnittseinkommen z. Zt: ca. 3.100€/Monat. Davon 4%: ca. 125€. Das würde nach 5 Jahren Einzahlung einen Rentenanspruch von ca. 20€ ausmachen.